

"Zehn Punkte für ein Miteinander" in Die Zeit (30. November 1989)

Quelle: Die Zeit. 30.11.1989, Nr. 49; 49. Jg. Hamburg: Zeitverlag Gerd Bucerius.

Urheberrecht: (c) Die Zeit

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"zehn_punkte_fur_ein_miteinander"_in_die_zeit_30_november_1989-de-54b2f619-a476-4cbd-a06b-ae1408694e7c.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Zehn Punkte für ein Miteinander

Zusammenarbeit, Konföderation, am Ende Wiedervereinigung - Konsens im Bundestag

Geschichtliche Prozesse zeichnen sich dadurch aus, daß alle Beteiligten von ihnen überwältigt werden. Der Wandel in der DDR hat auch die vermeintlich stabilen Vorstellungen und Fronten der Bonner Politik durcheinander gebracht. Über Nacht ist der Widerstreit über die Wiedervereinigung abgelöst worden durch den Konsens über die Konföderation. Hat damit unsere Geschichte ihr Ziel, die deutsche Frage eine Antwort gefunden?

Der Dienstag dieser Woche wird nicht nur in die Bonner Annalen eingehen. Zum ersten Mal seit 1969 sind die deutschlandpolitischen Perspektiven von Regierung und Opposition parallel ausgerichtet: Wenn auch die Bürger der DDR es nach freien Wahlen so wollen, soll der Weg zu einer deutschen Konföderation eingeschlagen werden, unbeschadet des noch fernereren Fernziels einer Föderation, der Wiedervereinigung also. Eine Art von ganz großer Koalition deutet sich da an. Hatte nicht schon DDR-Ministerpräsident Modrow von einer „Vertragsgemeinschaft“ gesprochen und SED-Chef Krenz gar eine Konföderation nicht ausschließen wollen? In Helmut Kohls Zehn-Punkte-Plan für Deutschland wird die Idee aufgegriffen.

In Wirklichkeit handeln weder der Kanzler und der Oppositionsführer in Bonn noch die Führung in Ost-Berlin (die schon gar nicht!) als Hexenmeister der Geschichte. Vielmehr gleichen sie alle Zauberlehrlingen, die einen politischen Wasserfall zu kanalisieren versuchen, wobei die Politiker der SED von den Strudeln schon fortgerissen werden.

Selbst für die Bonner Parteien spielen banale Erwägungen des Machtkampfes und des heraufziehenden Wahlkampfes eine gewichtige Rolle, was sich schon an der Atemlosigkeit erkennen ließ, mit der Hans-Jochen Vogel seine desorientierte SPD noch kurz vor dem Kanzlerauftritt mit dem Erstgeburtsrecht für die Idee zu schmücken versuchte. Doch stärker als taktische Fragen drängte das kardinale strategische Problem: Wie läßt sich beides, der drohende Zerfall der DDR und die Schubkraft eines im Beginn außerordentlich schmerzlichen Reformprozesses auffangen? Nachdem Mauer und Stacheldraht gefallen sind, muß sich das Gefälle zwischen beiden deutschen Staaten über kurz oder lang entladen. Wie kann dieser Prozess kontrolliert werden, ohne daß es schlicht und brutal zu einem Anschluß-Konkurs der DDR kommt - mit allen Folgen für das Sicherheitsgefüge in der Mitte Europas?

Ob die Perspektive einer deutschen Konföderation in dieser Situation des Umbruchs wirklich nur stabilisierend wirkt, ist noch nicht ausgemacht - zumal da es sich bisher nur um flüchtig hingeworfene Skizzen handelt. Außerdem ist der Bankrott der DDR nicht durch hehre Ideen, sondern nur mit massiven Hilfen abzuwenden. So vernünftig die Bonner Stufenpläne sich ausnehmen: Weder Regierung noch Opposition haben es bisher gewagt, Preisschilder vorzuzeigen. Vorerst also liegen Chancen und Risiken eng beieinander.

Die Chancen: Der Gedanke einer Konföderation, eines Zusammenschlusses zunächst selbständiger Staaten, wirkt fürs erste mäßigend gegenüber implosiven Einheits-Szenarios. Weil dieser Gedanke mit der weiteren staatlichen Existenz der DDR rechnet und außerdem die Selbstbestimmung einer wirklich demokratisch regierten zweiten deutschen Republik achtet, entzieht er der Angst vor westlicher Bevormundung, ja regelrechter Majorisierung in gesamtdeutschen Wahlen die Grundlage. Die Risiken: So unberechenbar, wie sich die Politik in jüngster Zeit erwiesen hat, so wenig können wir schon jetzt ausschließen, daß die beiden deutschen Staaten - gerade weil 'die Konföderation um so vieles näher zu liegen scheint als die volle Einheit - auf einen Sonderweg geraten, der der europäischen Entwicklung vorauseilt, wenn nicht gar zuwiderläuft, was immer wir uns gegenwärtig selber versichern. Schon dies wäre ein riskanter Alleingang: wenn wir uns beim Wiederaufbau Osteuropas auf deutsche Mittel und Ziele beschränken wollten.

Deshalb muß gerade in den Tagen historischer Bewegung festgehalten werden: Der Zusammenbruch des Kommunismus beseitigt nicht die Ursachen der deutschen Teilung. Sie liegen zuallererst in Hitlers Krieg gegen die Welt, sodann aber auch darin, daß sich der deutsche Einheitsstaat seit 1871 nicht günstig ins europäische Gleichgewicht einfügen ließ. Wer nicht neuerlich ein Widerspiel von Konföderation und

Gegenkoalitionen in Gang setzen will, muß beide deutsche Staaten fester in der europäischen Ordnung als untereinander verankern. Die Europäische Konföderation und daran erkennen wir, welch' langer Weg noch vor uns liegt - muß der deutschen vorangehen. So sehr das ökonomische Gefälle die beiden deutschen Staaten aufeinander zutreibt - bisher sind sie noch Frontstaaten massiver militärischer Konfrontation, eine Erblast des Zweiten Weltkriegs wie des Kalten Krieges. Bevor nicht die Abrüstung zum Ziel gekommen und der Gegensatz der Blöcke abgetragen worden ist, würde jeder Versuch einer deutschen Konföderation im Spagat zerrissen, zumal wenn eines Tages sich der Ost-West-Gegensatz wieder verschärfen sollte. Dies alles wirkt einem deutschen Alleingang entgegen - verlangt aber gerade von Bonn besondere Anstrengung im Bündnis und an den Verhandlungstischen.

Am 1. Juni erklärte Bundeskanzler Kohl vor dem Bundestag, der Westen wolle die Veränderungen in Osteuropa nicht zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu seinen Gunsten ausnutzen und strebe auch keine Destabilisierung in Osteuropa an. Eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses, das haben die Reformprozesse unter der Hand schon selber besorgt - und Moskau hat es bisher geduldet, weil seine Sicherheit offenbar nicht mehr darauf angewiesen ist, daß jeder Regierungschef in Osteuropa eine rote Krawatte trägt. Doch wenn sich die deutsche Dynamik so weit auflädt, daß Moskaus Marschälle unruhig werden, könnte jener Mann stürzen, dem wir die neuen Hoffnungen verdanken.

Vor jeder „Vertragsgemeinschaft“, vor jedem noch weiter gesteckten Ziel steht also nach wie vor die deutsche Verantwortungsgemeinschaft. Ihre Imperative wirken gegenwärtig sogar stärker als je zuvor. Vorerst liegt der ostdeutsche Konkurs näher als die deutsch-deutsche Konföderation. Die Idee kann Taten nicht ersetzen.